

No. 32544

**GERMANY
and
TURKEY**

Arrangement on the employment of employees of Turkish enterprises in order to execute work contracts. Signed at Ankara on 18 November 1991

Authentic texts: German and Turkish.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
TURQUIE**

Accord relatif à l'emploi de travailleurs d'entreprises turques pour l'exécution de contrats. Signé à Ankara le 18 novembre 1991

Textes authentiques : allemand et turc.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VEREINBARUNG ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER
REPUBLIK TÜRKEI ÜBER DIE BESCHÄFTIGUNG VON
ARBEITNEHMERN TÜRKISCHER UNTERNEHMEN ZUR
AUSFÜHRUNG VON WERKVERTRÄGEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Türkei –

in Würdigung des beiderseitigen Nutzens der wirtschaftlichen,
industriellen und technischen Zusammenarbeit,

in dem Willen, unter Berücksichtigung der Erfordernisse des
Arbeitsmarkts die Entsendung und Beschäftigung der Arbeitneh-
mer aus türkischen Unternehmen zur Absicherung der wirtschaft-
lichen Zusammenarbeit auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen,

in der Absicht, für die auf der Grundlage von Werkverträgen
zusammenarbeitenden deutschen und türkischen Unternehmen
klare Bedingungen zu schaffen, um die Möglichkeiten der Entsen-
dung und Beschäftigung von türkischen Arbeitnehmern zu ver-
bessern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Türkischen Arbeitnehmern, die auf der Grundlage eines
Werkvertrags zwischen einem türkischen Arbeitgeber und einem
in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen für
eine vorübergehende Tätigkeit in die Bundesrepublik Deutschland
entsandt werden (Werkvertragsarbeitnehmer), wird die Arbeitser-
laubnis unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeits-
markts erteilt.

(2) Diese Vereinbarung wird nicht auf Arbeitnehmer angewen-
det, die auf der Grundlage eines Werkvertrags in die Bundesrepu-
blik Deutschland entsandt werden, um vorbereitende Arbeiten
für deutsch-türkische Unternehmenskooperationen in Drittstaaten
auszuführen.

Artikel 2

(1) Die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer wird auf 7 000 festgesetzt. Die angegebene Zahl versteht sich als Jahresdurchschnittszahl.

(2) Die Arbeitserlaubnis wird Arbeitnehmern nur für die Ausführung von Werkverträgen erteilt, deren Erfüllung überwiegend Arbeitnehmer mit beruflicher Qualifikation erfordert. Arbeitnehmern ohne berufliche Qualifikation wird die Arbeitserlaubnis erteilt, soweit dies zur Ausführung der Arbeiten unerlässlich ist.

Artikel 3

(1) Die festgelegte Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer wird von dem Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit der Republik Türkei auf die türkischen Unternehmen verteilt. Um die Einhaltung der festgelegten Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer sicherzustellen, wird von der türkischen Seite eine Organisation bestimmt, die die einzelnen Werkverträge registriert und gegenzeichnet.

(2) Die für die Durchführung der Vereinbarung zuständigen Stellen der Vertragsparteien achten darauf, daß es nicht zu einer regionalen oder sektoralen Konzentration der beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer kommt.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 2 Absatz 1 Satz 1 festgelegte Zahl wird wie folgt an die weitere Entwicklung des Arbeitsmarkts angepaßt:

Bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage erhöht sich die bei Inkrafttreten der Vereinbarung festgelegte Zahl um jeweils fünf vom Hundert für jeden vollen Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote in den letzten zwölf Monaten verringert hat. Bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage verringert sich die Zahl entsprechend. Für die Anpassung sind jeweils die Arbeitslosenquoten am 30. Juni des laufenden Jahres und des Vorjahres zu vergleichen. Die Änderungen sind vom 1. Oktober des laufenden Jahres an zu berücksichtigen. Die neue Zahl ist so aufzurunden, daß sie durch die Zahl zehn ohne Rest teilbar ist.

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland teilt die nach Absatz 1 errechneten Zahlen dem Minister für Arbeit und soziale Sicherheit der Republik Türkei jeweils bis zum 31. August eines Jahres mit.

Artikel 5

(1) Die Arbeitserlaubnis wird nur erteilt, soweit die Entlohnung des Werkvertragsarbeitnehmers einschließlich des Teils, der

wegen der auswärtigen Beschäftigung gezahlt wird, dem Lohn entspricht, welchen die einschlägigen deutschen Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeiten vorsehen.

(2) Im übrigen finden die einschlägigen Rechtsvorschriften über die Erteilung und Versagung sowie über das Erlöschen der Arbeitserlaubnis Anwendung. Ein Abdruck des Werkvertrags ist rechtzeitig beim zuständigen Landesarbeitsamt einzureichen. Das Landesarbeitsamt wird den Werkvertrag unverzüglich prüfen und genehmigen.

Artikel 6

(1) Die Arbeitserlaubnis wird für die voraussichtliche Dauer der Arbeiten zur Erfüllung des Werkvertrags erteilt. Die Höchstdauer der Arbeitserlaubnis beträgt in der Regel zwei Jahre. Sofern die Ausführung eines Werkvertrags infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses länger als zwei Jahre dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zu sechs Monaten verlängert. Steht von vornherein fest, daß die Ausführung des Werkvertrags länger als zwei Jahre dauert, wird die Arbeitserlaubnis bis zur Höchstdauer von drei Jahren erteilt.

(2) Nach Fertigstellung eines Werks kann zur Ausführung eines anderen Werkvertrags auf Antrag eine neue Arbeitserlaubnis im Rahmen der zugelassenen Höchstdauer von zwei Jahren erteilt werden. Im Falle eines unvorhersehbaren Ereignisses wird diese Arbeitserlaubnis bis zu sechs Monaten verlängert.

(3) Die Arbeitserlaubnis wird für eine bestimmte berufliche Tätigkeit zur Ausführung eines bestimmten Werkvertrags erteilt. In begründeten Ausnahmefällen wird die Arbeitserlaubnis für mehrere Werkverträge erteilt. Das türkische Unternehmen kann den Arbeitnehmer innerhalb der vorgesehenen Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis vorübergehend zur Ausführung eines anderen Werkvertrags umsetzen, wenn mit der Ausführung dieses Werkvertrags bereits begonnen wurde. Es hat die Umsetzung dem zuständigen Landesarbeitsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Landesarbeitsamt veranlaßt, daß eine entsprechende Arbeitserlaubnis erteilt wird.

(4) Einzelnen Arbeitnehmern mit führender oder Verwaltungstätigkeit wird die Arbeitserlaubnis bis zu einer Höchstdauer von vier Jahren erteilt.

Artikel 7

Ein Werkvertragsarbeitnehmer, der nach Beendigung seiner Tätigkeit die Bundesrepublik Deutschland verlassen hat, kann im Rahmen eines neuen Werkvertrags eine Arbeitserlaubnis wieder

erhalten, wenn der zwischen Ausreise und erneuter Einreise liegende Zeitraum nicht kürzer ist als die Gesamtgeltungsdauer der früheren Aufenthaltsbewilligung. Der in Satz 1 genannte Zeitraum beträgt höchstens zwei Jahre; er beträgt drei Monate, wenn der Werkvertragsarbeitnehmer vor der Ausreise nicht länger als neun Monate in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt war.

Artikel 8

(1) Die zuständige Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland erteilt auf Antrag des türkischen Arbeitgebers den Arbeitnehmern das Visum für die Dauer von drei Monaten. Sobald das Visum erteilt ist, können die Arbeitnehmer einreisen. Sie haben rechtzeitig vor Ablauf der Geltungsdauer des Visums bei der für ihren Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde die erforderliche Aufenthaltsbewilligung zu beantragen.

(2) Die Arbeitserlaubnis ist nach der Einreise unverzüglich bei dem Arbeitsamt zu beantragen, das für zuständig erklärt wird.

Artikel 9

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit der Republik Türkei arbeiten im Rahmen dieser Vereinbarung eng zusammen. Die Vertragsparteien tauschen die zur Durchführung der Vereinbarung notwendigen Informationen aus. Bei Bedarf wird auf Antrag einer Vertragspartei eine Gemischte deutsch-türkische Arbeitsgruppe gebildet, um Fragen zu erörtern, die mit der Durchführung dieser Vereinbarung zusammenhängen.

Artikel 10

Sind Arbeitnehmer, die zur Beschäftigung auf der Grundlage eines Werkvertrags zugelassen wurden, ohne Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesrepublik Deutschland einem Dritten gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen worden, so verringert sich für den folgenden Abrechnungszeitraum die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer für das Unternehmen um die Zahl der im Jahresdurchschnitt gewerbsmäßig überlassenen Arbeitnehmer. Entsprechend ist zu verfahren, soweit türkische Arbeitgeber mehr Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, als ihnen nach Artikel 3 Absatz 1 zugeteilt sind, oder Arbeitnehmer beschäftigen, die keine Arbeitserlaubnis oder Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Für Arbeitnehmer von türkischen Arbeitgebern, die wiederholt Arbeitnehmer unerlaubt überlassen oder beschäftigt haben, wird keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt.

Artikel 11

(1) Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Diese Vereinbarung kann bis zum 30. Juni mit Wirkung zum 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich gekündigt werden. Die aufgrund der Vereinbarung erteilten Arbeitserlaubnisse bleiben von einer Kündigung unberührt. Soweit im Zeitpunkt der Kündigung der Werkvertrag vom Landesarbeitsamt bereits genehmigt ist, werden die zur Ausführung des Werkvertrags zugesicherten Arbeitserlaubnisse erteilt.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

EICKHOFF

Für die Regierung
der Republik Türkei:

SEVINC DALYANOGLU

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

**TÜRKİYE CUMHURİYETİ HÜKÜMETİ İLE ALMANYA FEDERAL
CUMHURİYETİ HÜKÜMETİ ARASINDA TÜRK FİRMALARI,
İŞÇİLERİNİN İSTİSNA AKDİ ÇERÇEVESİNDE İSTİHDAMINA
İLİŞKİN ANLAŞMA**

Türkiye Cumhuriyeti ve Almanya Federal Cumhuriyeti
Hükümetleri

ekonomik, sınai ve teknik işbirliğinin karşılıklı yararının takdiri içinde,

ekonomik işbirliğini teminat altına almak amacıyla işgücü piyasasının ihtiyaçları dikkate alınarak Türk firmalarının işçilerinin gönderilmesi ve istihdamını sağlam bir temele oturtmak arzusuyla,

istisna akdine dayanarak işbirliği yapan Alman ve Türk firmaları için açık şartlar yaratarak ve Türk işçilerinin gönderilmesi ve istihdamı imkanlarını iyileştirmek maksadıyla,

aşağıdaki hususlarda anlaşmaya varmışlardır.

Madde 1

(1) Bir Türk işvereni ile Almanya Federal Cumhuriyeti'nde mukim bir firma arasında istisna akdine dayanarak Almanya Federal Cumhuriyeti'ne geçici bir iş için gönderilen Türk işçilerine (istisna akdi-işçisi) işgücü piyasasının durumu ve gelişmeleri dikkate alınmaksızın çalışma izni verilir.

(2) Bu anlaşma, Türk-Alman firmalarının işbirliği ile üçüncü ülkelerde yapılacak bir işin hazırlık çalışmaları amacıyla bir istisna akdine dayanarak Almanya Federal Cumhuriyeti'ne gönderilecek işçiler için uygulanmaz.

Madde 2

(1) İstisna akdi-işçisi sayısı 7.000 olarak tespit edilmiştir. Bu sayı yıllık ortalama sayıyı ifade eder.

(2) Çalışma izni sadece, yerine getirilmesi esas itibarıyla mesleki niteliğe sahip işçi gerektiren istisna akıtlarının ifasında çalıştırılacak işçilere verilir. Ancak, işin yürütülmesi için gerekli olması halinde mesleki niteliği olmayan işçilere de çalışma izni verilir.

Madde 3

(1) Tespit edilen istisna akdi-işçisi sayısı Türkiye Cumhuriyeti Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı tarafından Türk firmaları arasında paylaştırılır. Tespit edilen sayıya uyulmasının temini için Türk tarafınca münferit istisna akıtlarını kayıt edecek ve onaylayacak bir kuruluş görevlendirilir.

(2) Akıt tarafların anlaşmanın uygulanmasından sorumlu kuruluşları, istisna akdi-işçilerinin bir bölge veya sektörde toplanmamasına özen gösterirler.

Madde 4

(1) 2. maddenin 1. fıkrasının 1. cümlesinde tespit edilen sayı, aşağıda belirtilen şekilde işgücü piyasasındaki gelişmeye göre ayarlanır.

İşgücü piyasasındaki bir iyileşme halinde, Anlaşmanın yürürlüğe girdiğinde belirlenmiş olan sayı, son 12 ay içerisinde işsizlik oranındaki her tam yüzde bir puanlık düşüş için yüzde beş oranında artırılır. İşgücü piyasasındaki bir kötüleşme halinde ise, sözkonusu sayı aynı şekilde düşürülür. Bunun için, içinde bulunulan yıl ile bir önceki yılın 30 Haziran tarihi itibarıyla işsizlik oranları mukayese edilir. Değişiklikler, içinde bulunulan yılın 1 Ekim

tarihinden itibaren dikkate alınır. Yeni sayı küsüratsız olarak 10'a bölünecek şekilde tam sayıya tamamlanır.

(2) Almanya Federal Cumhuriyeti Federal Çalışma ve Sosyal Düzen Bakanlığı, 1. fıkrada hesaplanan sayıyı her yılın 31 Ağustos tarihine kadar Türkiye Cumhuriyeti Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı'na bildirir.

Madde 5

(1) Çalışma izni sadece, istisna akdi-işçisine ödenecek ücretin, yurtdışı istihdam payı da dahil olmak üzere kıyaslanabilir nitelikteki işler için ilgili Alman toplu iş sözleşmelerinde öngörülen ücrete tekabül etmesi halinde verilir.

(2) Bunun dışında, çalışma izninin verilmesi, verilmekten imtina edilmesi ve iptali konularında mevcut mevzuat uygulanır. İstisna akdinin bir örneği, zamanında, yetkili Eyalet Çalışma Dairesine verilir. Eyalet Çalışma Dairesi istisna akdi başvurusunu zaman geçirmeden inceleyecek ve onaylayacaktır.

Madde 6

(1) Çalışma izni, istisna akdi faaliyetlerinin muhtemel devamı süresi için verilir. Çalışma izninin azami süresi kaideten 2 yıldır. İstisna akdi faaliyetinin önceden tahmin edilmeyen bir olay nedeniyle 2 yıldan fazla sürmesi halinde, çalışma izni 6 aya kadar uzatılır. İstisna akdi faaliyetinin 2 yıldan fazla süreceği peşinen belli ise, çalışma izni azami 3 yıla kadar verilir.

(2) Bir işin bitirilmesinden sonra diğer bir istisna akdi faaliyeti için müracaat halinde, müsaade edilmiş olan 2 yıllık azami süre çerçevesinde yeni bir çalışma izni verilebilir. Önceden tahmin edilemeyen bir olay nedeniyle bu çalışma izni 6 aya kadar uzatılır.

(3) Çalışma izni, belirli bir istisna akdinin uygulanması amacıyla belirli bir mesleki faaliyet için verilir. Gerekçelendirilen istisnai hallerde çalışma izni, birden fazla istisna-akdi için verilir. Türk firması, çalışma izninin öngörülen geçerlilik süresi içinde işçisini başlamış bulunan diğer bir istisna akdi faaliyetinde geçici olarak çalıştırabilir. Firma bu değişikliği, yetkili Eyalet Çalışma Dairesine derhal bildirmek zorundadır. Eyalet Çalışma Dairesi, buna uygun çalışma izni verilmesini sağlar.

(4) Münferiden yönetici veya idari personel olarak çalışan işçilere azami 4 yıl için çalışma izni verilir.

Madde 7

İşinin bitiminde Almanya Federal Cumhuriyeti'ni terk eden bir istisna akdi-işçisi, Ülkeyi terk ettiği tarih ile yeniden geldiği tarih arasında geçen sürenin önceki sınırlı oturma izninin toplam geçerlilik süresinden daha kısa olmaması şartıyla yeni bir istisna akdi çerçevesinde tekrar çalışma izni alabilir. 1. cümlede sözü edilen süre en fazla 2 yıldır, istisna akdi-işçisinin Ülkeyi terk etmeden önce Almanya Federal Cumhuriyeti'nde 9 aydan daha fazla çalışmamış olması halinde bu süre 3 aydır.

Madde 8

(1) Almanya Federal Cumhuriyeti'nin yetkili dış temsilciliği, Türk işverenin müracaatı üzerine 3 aylık vize verir. Vize verilir verilmez işçiler Ülkeye giriş yapabilirler. İşçiler, vize geçerlilik süresi sona ermeden, zamanında ikamet mahalleri için yetkili yabancılar dairesinden gerekli sınırlı oturma izni talep etmelidirler.

(2) Almanya Federal Cumhuriyetine girişten sonra, yetkili kılınacak olan Çalışma Dairesine Çalışma izni için derhal müracaat edilmelidir.

Madde 9

Almanya Federal Cumhuriyeti Çalışma ve Sosyal Düzen Bakanlığı ve Türkiye Cumhuriyeti Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı bu Anlaşma çerçevesinde sıkı işbirliği yaparlar. Akit taraflar Anlaşmanın uygulanmasına ilişkin gerekli bilgi alış-verişinde bulunurlar. İhtiyaç halinde bir akit tarafın isteği üzerine, bu anlaşmanın uygulanması ile ilgili sorunların görüşüleceği bir Türk-Alman Karma Çalışma Grubu teşkil edilir.

Madde 10

Bir istisna akdine dayalı olarak istihdamlarına izin verilen işçilerin Almanya Federal Cumhuriyeti Federal Çalışma Dairesi'nin izni olmaksızın, üçüncü bir şahsa çalışmak üzere devredilmeleri halinde, bu firmaya gelecek hesap döneminde tahsis edilecek istisna akdi-işçisi sayısı devredilen yıllık ortalama işçi sayısı kadar azaltılır. Üçüncü maddenin 1. fıkrasına göre kendilerine tahsis edilen sayıdan daha fazla istisna akdi-işçisi veya çalışma izni veya oturma izni olmayan işçi istihdam eden Türk işverenleri aynı işleme tabi tutulur. Tekraren izinsiz işçi devreden veya istihdam eden Türk işverenlerinin işçilerine artık çalışma izni verilmez.

Madde 11

(1) Bu Anlaşma imzalandığı tarihte yürürlüğe girer.

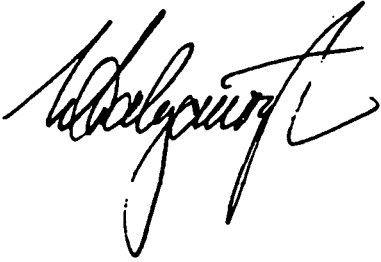
(2) Bu Anlaşma süresiz olarak akdedilmiştir.

(3) Bu Anlaşma, her yılın 30 Haziran tarihine kadar, 31 Aralık tarihi itibariyle geçerli olmak üzere yazılı ihbar kaydıyla feshedebilir. Anlaşmaya dayanarak verilen çalışma izinleri fesihden etkilenmez. Fesih tarihinde, Eyalet Çalışma Dairesinin önceden müsaade ettiği bir istisna akdi


mevcut ise bu akdin ifası için garanti edilmiş olan çalışma izinleri verilir.

Bu Anlaşma, Türkçe ve Almanca metinleri aynı derecede bağlayıcı olmak üzere Ankara'da 18 Kasım 1991 tarihinde iki asıl nüsha olarak imzalanmıştır.

Türkiye Cumhuriyeti
Hükümeti adına:



Almanya Federal Cumhuriyeti
Hükümeti adına:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF TURKEY ON THE EMPLOYMENT OF EMPLOYEES OF TURKISH ENTERPRISES IN ORDER TO EXECUTE WORK CONTRACTS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Turkey,

Appreciating the mutual benefit of their economic, industrial and technical cooperation,

Desiring to place the detachment and employment of employees from Turkish enterprises on a sound footing, with due regard for the requirements of the labour market, in order to ensure economic cooperation,

With a view to establishing clearly defined terms and conditions for German and Turkish enterprises which are cooperating on the basis of work contracts in order to provide better opportunities for the detachment and employment of Turkish employees,

Have agreed as follows:

Article 1

1. Work permits shall be issued to Turkish employees who are detached for temporary employment in the Federal Republic of Germany on the basis of a work contract between a Turkish employer and an enterprise domiciled in the Federal Republic of Germany (contractual employees) regardless of the situation and trends of the labour market.

2. This Agreement shall not apply to employees who are detached to the Federal Republic of Germany on the basis of a work contract in order to carry out preparatory work for cooperation between German and Turkish enterprises in third States.

Article 2

1. The number of contractual employees shall be set at 7,000. This number shall be considered an annual average number.

2. Work permits shall be issued to employees solely for executing work contracts for which purpose professionally qualified employees are mainly required. Work permits shall be issued to employees without professional qualifications insofar as this is indispensable for executing the work.

Article 3

1. The specified number of contractual employees shall be apportioned among Turkish enterprises by the Ministry of Labour and Social Security of the

¹ Came into force on 18 November 1991 by signature, in accordance with article 11 (1).

Republic of Turkey. In order to ensure observance of the specified number of contractual employees, the Turkish side shall designate an organization which will register and countersign the individual work contracts.

2. The competent authorities of the Contracting Parties responsible for the implementation of the Agreement shall take care to prevent a regional or sectoral concentration of the contractual employees employed.

Article 4

1. The number specified in article 2, paragraph 1, shall be adjusted as follows in accordance with further developments in the labour market:

Should the situation of the labour market improve, the number specified at the time of entry into force of the Agreement shall be increased by 5 per cent for each full percentage-point decrease in the unemployment rate in the preceding 12 months. Should the situation of the labour market deteriorate, the number shall be correspondingly reduced. For the purposes of such adjustment, a comparison shall be made between the unemployment rates as at 30 June of the current year and of the preceding year. Allowance shall be made for changes as from 1 October of the current year. The new number shall be rounded in such a way as to be evenly divisible by the number 10.

2. The Federal Minister of Labour and Social Affairs of the Federal Republic of Germany shall notify the Minister of Labour and Social Security of the Republic of Turkey of the number determined in accordance with paragraph 1 by 31 August of each year.

Article 5

1. A work permit shall be issued only if the remuneration of the contractual employee, including the portion thereof payable by way of an expatriate allowance, is equivalent to the wage stipulated in the relevant German collective-bargaining agreements for comparable activities.

2. In all other respects, the relevant legal regulations concerning the issue, refusal and expiration of the work permit shall apply. A copy of the work contract must be submitted in good time to the competent regional labour office. The regional labour office shall check and approve the work contract without delay.

Article 6

1. The work permit shall be issued for the expected duration of the work in fulfilment of the work contract. The work permit shall normally be valid for a maximum period of two years. If, owing to an unforeseeable event, execution of a work contract takes more than two years, the work permit shall be extended by up to six months. If it is evident from the outset that execution of the work contract will take more than two years, the work permit shall be issued for a maximum period of up to three years.

2. Following completion of a work assignment, a new work permit, may, upon request, be issued within the limits of the maximum permissible period of two years, for executing another work contract. In the case of an unforeseeable event, the work permit shall be extended for up to six months.

3. The work permit shall be issued for a specified professional activity relating to the execution of a specified work contract. In substantiated exceptional cases, the

work permit may be issued for several work contracts. The Turkish enterprise may temporarily reassign the employee, within the stipulated period of validity of the work permit, to execute another work contract if the execution thereof has already begun. It must promptly notify the competent regional labour office of the said reassignment. The regional labour office shall arrange for the issue of an appropriate work permit.

4. A work permit shall be issued, for a maximum period of up to four years, to individual employees engaged in managerial or administrative activities.

Article 7

A contractual employee who has left the Federal Republic of Germany on completion of his activity may be granted another work permit in connection with a new work contract if the period between his departure and re-entry is not shorter than the total period of validity of the previous residence permit. The period referred to in the first sentence shall not exceed two years; it shall be three months if the contractual employee was employed in the Federal Republic of Germany for not longer than nine months prior to departure.

Article 8

1. The competent mission abroad of the Federal Republic of Germany shall, at the request of the Turkish employer, issue the visas for a period of three months to the employees. As soon as the visas have been issued, the employees may enter the Federal Republic of Germany. They must apply in good time before the expiry of the period of validity of the visas for the necessary residence permits with the competent aliens' registration authority in their place of residence.

2. Application for the work permit must be made, immediately after entry, to the labour office which is recognized as competent.

Article 9

The Federal Minister of Labour and Social Affairs of the Federal Republic of Germany and the Minister of Labour and Social Security of the Republic of Turkey shall work in close collaboration under this Agreement. The Contracting Parties shall exchange the information necessary for the implementation of the Agreement. Where necessary, at the request of either side, a mixed German-Turkish working group shall be established in order to discuss questions relating to the implementation of this Agreement.

Article 10

If employees who are admitted for employment on the basis of a work contract are assigned to a third party for professional work without the permission of the Federal Employment Agency of the Federal Republic of Germany, the number of contractual employees for the enterprise shall be reduced for the following accounting period by the annual average number of the employees assigned for professional work. A corresponding procedure shall be followed if Turkish employers employ more contractual employees than those apportioned to them under article 3, paragraph 1, or if they employ employees who do not hold work or residence permits. No further work permits shall be issued for employees of Turkish employers who have repeatedly assigned or employed employees without permission.

Article 11

1. This Agreement shall enter into force on the date of its signature.
2. This Agreement has been concluded for an indefinite period.
3. This Agreement may be denounced in writing, with effect from 31 December, up to 30 June of any year. Work permits issued under the Agreement shall not be affected by such denunciation. If a work contract has already been approved by a regional labour office at the time of denunciation, the work permits promised for the execution of the work contract shall be issued.

DONE at Ankara on 18 November 1991, in two originals, each in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

EICKHOFF

For the Government
of the Republic of Turkey

SEVINC DALYANOGLU

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À L'EMPLOI DE TRAVAILLEURS D'ENTREPRISES TURQUES POUR L'EXÉCUTION DE CONTRATS

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Turquie,

Reconnaissant les avantages mutuels de la coopération économique, industrielle et technique,

Désireux, compte tenu des besoins du marché du travail, d'asseoir sur des bases durables le détachement et l'emploi des travailleurs d'entreprises turques afin d'assurer la coopération économique,

Se proposant d'instaurer des conditions claires pour les entreprises allemandes et turques qui collaborent dans le cadre de contrats, afin d'améliorer les possibilités de détachement et d'emploi des travailleurs turcs,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1) Les travailleurs turcs qui sont détachés en République fédérale d'Allemagne pour une activité temporaire dans le cadre d'un contrat entre un employeur turc et une entreprise établie en République fédérale d'Allemagne (travailleurs contractuels) bénéficient d'un permis de travail, indépendamment de la situation et de l'évolution du marché du travail.

2) Le présent Accord ne s'applique pas aux travailleurs détachés en République fédérale d'Allemagne dans le cadre d'un contrat d'entreprise pour exécuter des travaux de préparation pour des activités de coopération d'entreprises germano-turques dans des États tiers.

Article 2

1) Le nombre des travailleurs contractuels est fixé à 7 000. Il s'entend comme chiffre annuel moyen.

2) Le permis de travail n'est délivré aux travailleurs que dans le cadre de contrats dont l'exécution nécessite essentiellement des travailleurs ayant une qualification professionnelle. Les travailleurs sans qualification professionnelle bénéficieront d'un permis de travail dans la mesure où cela est indispensable à l'exécution du travail.

Article 3

1) Le nombre fixé de travailleurs contractuels est réparti entre les entreprises turques par le Ministère du travail et de la sécurité sociale de la République de

¹ Entré en vigueur le 18 novembre 1991 par la signature, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

Turquie. Pour garantir son respect, la partie turque détermine une organisation chargée d'enregistrer et de contresigner les contrats.

2) Les organismes des Parties contractantes compétents pour la mise en œuvre du présent Accord veillent à ce qu'il n'y ait pas de concentration régionale ou sectorielle de travailleurs contractuels.

Article 4

1) Le nombre fixé à la première phrase du paragraphe 1 de l'article 2 est adapté de la manière suivante à l'évolution du marché du travail :

En cas d'amélioration de la situation du marché du travail, le nombre fixé lors de l'entrée en vigueur de l'Accord est augmenté de 5% pour chaque point entier de diminution du pourcentage de chômeurs enregistré au cours des douze mois précédents. En cas de détérioration de la situation du marché du travail, le nombre est réduit de la même manière. Les calculs sont fondés sur la comparaison entre les taux de chômage au 30 juin de l'année en cours et au 30 juin de l'année précédente. Les variations sont prises en compte à partir du 1^{er} octobre de l'année en cours. Le nouveau chiffre est arrondi de manière que sa division par 10 donne un chiffre entier.

2) Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne communique chaque année jusqu'au 31 août le chiffre calculé conformément au paragraphe 1 au Ministre du travail et de la sécurité sociale de la République de Turquie.

Article 5

1) Le permis de travail n'est délivré que si la rémunération du travailleur contractuel, y compris la partie payée pour l'emploi à l'étranger, correspond au salaire prévu par les conventions salariales allemandes pour des activités comparables.

2) Pour le reste, la législation intérieure relative à l'octroi, au refus et à l'expiration du permis de travail est applicable. Une copie du contrat de travail sera adressée en temps voulu à l'Office du travail compétent du *Land*, qui le vérifiera et l'approuvera sans délai.

Article 6

1) Le permis de travail est délivré pour la durée prévue des travaux nécessaires à l'exécution du contrat. Sa durée maximale est en principe de deux ans. Si, par suite d'un événement imprévisible, l'exécution du contrat se prolonge au-delà de deux ans, le permis est prolongé d'une durée maximale de six mois. S'il est établi à l'avance que l'exécution du contrat durera plus de deux ans, le permis de travail sera délivré pour une durée maximale de trois ans.

2) Après l'achèvement d'un travail, un nouveau permis de travail peut être délivré sur demande pour l'exécution d'un autre contrat, dans le cadre de la durée maximale autorisée de deux ans. En cas d'événement imprévisible, le permis est prolongé d'une durée maximale de six mois.

3) Le permis de travail est délivré pour une activité professionnelle déterminée et pour l'exécution d'un contrat déterminé. Dans certains cas exceptionnels justifiés, il peut être délivré pour plusieurs contrats. L'entreprise turque peut déplacer provisoirement un travailleur pendant la période de validité du permis de travail pour exécuter un autre contrat, à condition que l'exécution de ce contrat ait

déjà commencé. Elle doit en informer sans délai l'Office du travail compétent du *Land*, lequel fera délivrer un permis de travail correspondant.

4) Un permis de travail d'une durée maximale de quatre ans est délivré aux travailleurs qui ont des fonctions de direction ou d'administration.

Article 7

Un travailleur contractuel qui a quitté la République fédérale d'Allemagne après avoir achevé son activité peut obtenir de nouveau un permis de travail dans le cadre d'un nouveau contrat si la période écoulée entre son départ et son retour n'est pas inférieure à la durée totale de validité du permis de séjour antérieur. La période visée à la première phrase est de deux ans maximum; elle est de trois mois lorsque le travailleur contractuel n'a pas été employé plus de neuf mois en République fédérale d'Allemagne avant son départ.

Article 8

1) La légation compétente de la République fédérale d'Allemagne délivre au travailleur, sur la demande de l'employeur turc, un visa d'une durée de trois mois. Dès que le visa est délivré, les travailleurs peuvent entrer dans le pays. Ils doivent demander, avant l'expiration de la durée de validité du visa, le permis de séjour nécessaire à l'office des étrangers compétent pour leur lieu de résidence.

2) Le permis de travail doit être demandé immédiatement après l'entrée dans le pays auprès de l'office du travail compétent.

Article 9

Le Ministre fédéral du travail et des affaires sociales de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre du travail et de la sécurité sociale de la République de Turquie coopèrent étroitement dans le cadre du présent Accord. Les Parties contractantes échangent les informations nécessaires à la mise en œuvre de l'Accord. S'il y a lieu, un groupe de travail mixte germano-turc est constitué sur la demande de l'une des Parties contractantes afin d'examiner les questions liées à la mise en œuvre du présent Accord.

Article 10

Si des travailleurs admis pour un emploi dans le cadre d'un contrat ont été mis à la disposition d'un tiers à titre professionnel sans autorisation de l'Office fédéral du travail de la République fédérale d'Allemagne, le nombre de travailleurs contractuels alloué à l'entreprise est réduit, pour la période de décompte suivante, du nombre annuel moyen de travailleurs mis à disposition à titre professionnel. La même règle s'applique lorsque des employeurs turcs emploient plus de travailleurs contractuels que le nombre alloué selon le paragraphe 1 de l'article 3 ou emploient des travailleurs non titulaires de permis de travail ou de permis de séjour. Aucun permis de travail ne sera plus délivré aux travailleurs d'employeurs turcs qui ont à plusieurs reprises mis à disposition ou employé des travailleurs sans autorisation.

Article 11

- 1) Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.
- 2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3) Le présent Accord peut être dénoncé chaque année par écrit jusqu'au 30 juin, avec effet au 31 décembre. En cas de dénonciation, les permis de travail délivrés au titre de l'Accord ne sont pas touchés. Si, au moment de la dénonciation, un contrat a déjà été approuvé par l'Office du travail du *Land*, les permis de travail garantis pour l'exécution du contrat sont délivrés.

FAIT à Ankara le 18 novembre 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

EICKHOFF

Pour le Gouvernement
de la République de Turquie :

SEVINC DALYANOGLU

ANNEX A

*Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations*

ANNEXE A

*Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies*

ANNEX A

No. 5119. AGREEMENT BETWEEN THE KINGDOM OF NORWAY AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND CONCERNING RECIPROCAL ADMINISTRATIVE AND LEGAL ASSISTANCE WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND FORTUNE AND TO THE BUSINESS TAX. SIGNED AT OSLO, ON 18 NOVEMBER 1958¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Germany registered on 8 February 1996 the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway concerning the avoidance of double taxation and mutual assistance with respect to taxes on income and capital signed at Oslo on 4 October 1991.²

The said Agreement, which came into force on 7 October 1993, provides, in its article 30 (4), for the termination of the above-mentioned Agreement of 18 November 1958. (8 February 1996)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 357, p. 205, and annex A in volume 389.

² See p. 293 of this volume.

ANNEXE A

N° 5119. CONVENTION ENTRE LE ROYAUME DE NORVÈGE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION ET À ÉTABLIR DES RÈGLES D'ASSISTANCE ADMINISTRATIVE ET JUDICIAIRE RÉCIPROQUE EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE ET DE PATENTE. SIGNÉE À OSLO, LE 18 NOVEMBRE 1958¹

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement allemand a enregistré le 8 février 1996 la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège tendant à éviter la double imposition et à l'assistance mutuelle en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune signé à Oslo le 4 octobre 1991².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 7 octobre 1993, stipule, au paragraphe 4 de son article 30, l'abrogation de la Convention susmentionnée du 18 novembre 1958.

(8 février 1996)

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 357, p. 205, et annexe A du volume 389.

² Voir p. 293 du présent volume.

No. 10977. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE POLISH PEOPLE'S REPUBLIC AND THE GOVERNMENT OF THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC CONCERNING CO-OPERATION WITH REGARD TO NAVIGATION IN FRONTIER WATERS. SIGNED AT WARSAW ON 15 MAY 1969¹

N° 10977. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE CONCERNANT LA COOPÉRATION EN MATIÈRE DE NAVIGATION SUR LES EAUX FRONTIÈRES. SIGNÉ À VARSOVIE LE 15 MAI 1969¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Germany registered on 8 February 1996 the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning inland navigation signed at Warsaw on 8 November 1991.²

The said Agreement, which came into force on 1 November 1993, provides, in its article 21 (4), for the termination of the above-mentioned Agreement of 15 May 1969.

(8 February 1996)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement allemand a enregistré le 8 février 1996 l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la navigation intérieure signé à Varsovie le 8 novembre 1991².

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 1^{er} novembre 1993, stipule, au paragraphe 4 de son article 21, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 15 mai 1969.

(8 février 1996)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 769, p. 37.

² See p. 107 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 769, p. 37.

² Voir p. 107 du présent volume.

No. 21984. CULTURAL CO-OPERATION AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF COSTA RICA. SIGNED AT SAN JOSÉ ON 29 AUGUST 1979¹

N° 21984. ACCORD DE COOPÉRATION CULTURELLE ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU COSTA RICA. SIGNÉ À SAN JOSÉ LE 29 AOÛT 1979¹

PROTOCOL² AMENDING THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT. SIGNED AT SAN JOSÉ ON 23 JULY 1986

Authentic texts: German and Spanish.

Registered by Germany on 8 February 1996.

PROTOCOLE² MODIFIANT L'ACCORD SUSMENTIONNÉ. SIGNÉ À SAN JOSÉ LE 23 JUILLET 1986

Textes authentiques : allemand et espagnol.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1320, p. 145.

² Came into force on 9 April 1992, the date on which the Contracting Parties notified each other of the completion of their respective internal requirements, in accordance with article VI.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1320, p. 145.

² Entré en vigueur le 9 avril 1992, date à laquelle les Parties contractantes se sont notifié l'accomplissement de leurs formalités internes respectives, conformément à l'article VI.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ÄNDERUNGSPROTOKOLL ZU DEM AM 29. AUGUST 1979 UNTERZEICHNETEN
ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK COSTA RICA ÜBER
KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Costa Rica –

in der Erwägung, daß beide Regierungen am 29. August 1979
das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet
haben,

daß sich während der Geltungsdauer dieses Abkommens die
Notwendigkeit ergab, einige Änderungen am Abkommen vorzu-
nehmen, um die Verwirklichung seiner Ziele zu erleichtern –

beschließen, folgendes Änderungsprotokoll zu dem am
29. August 1979 unterzeichneten Abkommen zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung
der Republik Costa Rica über kulturelle Zusammenarbeit:

Artikel I

Artikel 1 des Abkommens wird wie folgt geändert:

„(1) Beide Vertragsstaaten werden bestrebt sein, die gegen-
seitige Kenntnis der Kultur ihrer Länder zu verbessern und einan-
der bei der Erreichung dieses Zieles zu helfen.

(2) Die Vertragsparteien beschließen gemeinsam die Durch-
führung der Programme und Vorhaben auf den in diesem Abkom-
men festgelegten Gebieten durch Zusatzvereinbarungen oder
abgeleitete Vereinbarungen.“

Artikel II

Artikel 2 des Abkommens wird wie folgt geändert:

„(1) Zu diesem Zweck wird jede Vertragspartei bestrebt sein,
kulturelle Einrichtungen der anderen Vertragspartei im Rahmen
der jeweils geltenden Rechtsvorschriften und unter den von bei-
den Vertragsparteien zu vereinbarenden Bedingungen zuzulas-
sen und nach Möglichkeit deren Tätigkeit zu erleichtern und zu
fördern.

(2) Kulturelle Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere Schulen, Kulturinstitute, Bibliotheken und ähnliche wissenschaftliche und kulturelle Institutionen.“

Artikel III

In das Abkommen wird ein neuer Artikel 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Für die verschiedenen Vorhaben der kulturellen Zusammenarbeit sind die Vertragsparteien gehalten,

1. den deutschen Fachkräften, Ausbildern und Sachverständigen, deren Familien und weiteren zur Familie gehörenden Personen jederzeit gebührenfrei die Genehmigung für die Ein- und Ausreise, amtliche und Höflichkeitssichtvermerke sowie die im Zusammenhang mit der Durchführung der Vorhaben erforderlichen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen;
2. die deutschen Fachkräfte, Ausbilder und Sachverständigen von Steuern und sonstigen Abgaben auf die Vergütungen zu befreien, die sie von deutscher Seite erhalten;
3. die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die verschiedenen Vorhaben bestimmten Gegenstände von sämtlichen Ein- und Ausfuhrabgaben und sonstigen Gebühren einschließlich Hafengebühren zu befreien;
4. die entsandten deutschen Fachkräfte, Ausbilder und Sachverständigen von sämtlichen Ein- und Ausfuhrabgaben und sonstigen öffentlichen Abgaben hinsichtlich der von ihnen eingeführten Möbel und ihrer persönlichen Habe zu befreien, welche steuerfrei und frei von öffentlichen Abgaben bei Beendigung ihrer Mission nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei verkauft werden können, sowie die Immunitäten und Vorrechte, die ihren Familien zustehen, anzuerkennen; als persönliche Habe je Familie gelten ein Kraftfahrzeug, ein Kühlschrank, eine Kühltruhe, ein Rundfunkgerät, ein Plattenspieler mit Tonband, ein Fernsehgerät, kleine Elektrogeräte sowie je Person ein Klimagerät und eine Foto- und Filmausrüstung. Der Hubraum des Kraftfahrzeuges darf in keinem Fall 2200 ccm und im Falle von Allradfahrzeugen der Art Jeep Diesel 80 PS nicht übersteigen;
5. den entsandten deutschen Fachkräften, Ausbildern und Sachverständigen sowie ihren Familienmitgliedern die abgabenfreie Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln, Getränken und anderen Verbrauchsartikeln im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs zu gestatten;

6. den entsandten deutschen Fachkräften, Ausbildern und Sachverständigen einen Ausweis auszustellen, aus dem hervorgeht, daß die zuständigen Stellen ihnen jede Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Mission gewähren.“

Artikel IV

Die Numerierung der Artikel 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 des Abkommens wird in 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 geändert.

Artikel V

Dieses Protokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Costa Rica innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel VI

Dieses Protokoll tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Zu Urkund dessen unterzeichnen die Vertreter der beiden Regierungen dieses Protokoll in San José am 23. Juli 1986 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

HARALD NESTROY

Für die Regierung
der Republik Costa Rica:

RODRIGO MADRIGAL NIETO

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**PROTOCOLO DE ENMIENDA AL CONVENIO DE COOPERACIÓN CULTURAL
ENTRE EL GOBIERNO DE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA Y EL
GOBIERNO DE LA REPÚBLICA DE COSTA RICA, SUSCRITO EL 29 DE
AGOSTO DE 1979**

El Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de la República de Costa Rica.

CONSIDERANDO:

- Que el 29 de agosto de 1979 se firmó el Convenio Cultural entre ambos Gobiernos.
- Que durante la vigencia de este Convenio se ha visto la necesidad de introducir algunas enmiendas para facilitar el cumplimiento de los objetivos de ese Instrumento.

ACUERDAN:

El siguiente Protocolo de Enmienda al Convenio de Cooperación Cultural entre el Gobierno de la República Federal de Alemania y el Gobierno de la República de Costa Rica, suscrito el 29 de agosto.

ARTICULO I

Se modifica el Artículo 1 del Convenio para que se lea como sigue:

- Ambas Partes Contratantes procurarán mejorar el recíproco conocimiento de la cultura de sus países, y ayudarse mutuamente a lograr este objetivo.

- 2.- Las Partes contratantes decidirán conjuntamente la ejecución de los Programas y Proyectos referentes a los campos establecidos en el presente Convenio a través de acuerdos complementarios o derivados.

ARTICULO II

Se modifica el Artículo 2 del Convenio para que se lea como sigue:

- 1.- Para ese fin, cada una de las Partes Contratantes procurará admitir, con arreglo a las disposiciones legales respectivamente vigentes y a las condiciones que por ambas Partes habrán de estipularse, instituciones culturales de la otra Parte Contratante, y a facilitar y fomentar cuando sea posible la actividad de las mismas.
- 2.- Instituciones culturales en el sentido del párrafo (1) son especialmente las escuelas, institutos culturales, bibliotecas y análogas instituciones científicas y culturales.

ARTICULO III

Se introduce en el convenio original un nuevo artículo, cuyo número será tres (tres) que diga lo siguiente:

Para los distintos proyectos de cooperación cultural las Partes deberán:

- 1.- Conceder en todo momento y exento de derechos a los expertos, instructores y especialistas alemanes, a sus familias y demás personas que pertenezcan a ella, autorización para entrar y salir

del país, visas oficiales o de cortesía, así como los permisos de trabajo y de residencia necesarios en relación con la ejecución de los proyectos.

- 2.- Eximir a los expertos, instructores y especialistas alemanes del pago de impuestos y demás gravámenes sobre las remuneraciones que reciban de parte alemana.
- 3.- Eximir de todos los derechos de importación y exportación y demás gravámenes, incluso tasas portuarias, los objetos asignados por el Gobierno de la República Federal de Alemania para los distintos proyectos.
- 4.- Eximir a los expertos, instructores y especialistas alemanes enviados, de todos los derechos de importación y exportación y demás cargas fiscales sobre los muebles y enseres personales introducidos por ellos, los que podrán ser vendidos libre de impuesto y gravámenes fiscales al término de su misión, de conformidad con la legislación vigente de cada parte, así como reconocerá las inmunidades y privilegios que corresponde a sus familias.
Se consideran también enseres personales por cada familia un vehículo motor, un frigorífico, un congelador doméstico, un aparato de radio, un tocadisco de cinta magnetofónica, un televisor, pequeños aparatos eléctricos, así como, para cada persona un aparato de acondicionamiento de aire y un equipo de foto y cinematografía. El vehículo motor no podrá exceder en ningún caso de los 2200 centímetros cúbicos o, en caso de vehículo de doble tracción tipo Jeep Diesel, de 80 CV.
- 5.- Permitir a los expertos, instructores y especialistas alemanes enviados y a los miembros de sus familias la importación exenta

de derechos, de medicamentos, víveres, bebidas y otros artículos del consumo diario, dentro de las necesidades personales.

- 6.- Expedir a los expertos, instructores y especialistas alemanes enviados un documento de identidad en el que conste que se les prestará por las autoridades competentes toda la ayuda que precisen para la realización de la misión que se les ha encomendado.

ARTICULO IV

Se modifica la numeración de los artículos 3 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 9, del Convenio original para que en lo sucesivo les correspondan, respectivamente, los números 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 9 - 10.

ARTICULO V

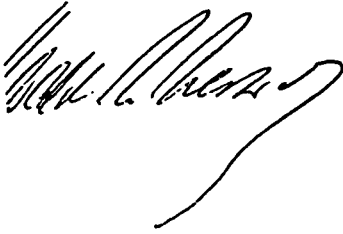
"El presente Acuerdo se aplicará también al Land Berlin en tanto el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Costa Rica dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Acuerdo".

ARTICULO VI

El presente Protocolo entrará en vigor en la fecha en que las Partes se comuniquen, por la vía diplomática el cumplimiento de los respectivos requisitos constitucionales internos.

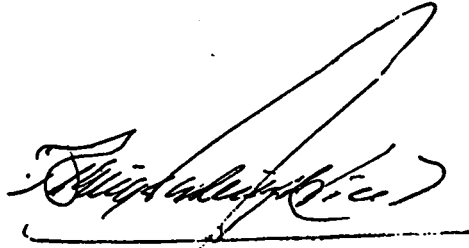
En fe de lo cual los representantes de ambos gobiernos firman el presente Acuerdo en San José el 23 de julio de 1986, en dos ejemplares en idiomas español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos y válidos.

Por el Gobierno
de la República Federal de Alemania:



HARALD NESTROY
Embassador

Por el Gobierno
de la República de Costa Rica:



RODRIGO MADRIGAL NIETO
Ministro de Relaciones Exteriores y Culto

[TRANSLATION — TRADUCTION]

PROTOCOL AMENDING THE CULTURAL COOPERATION AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF COSTA RICA, SIGNED ON 29 AUGUST 1979

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Costa Rica,

Considering:

That a Cultural Cooperation Agreement between the two Governments was signed on 29 August 1979,

That, during the period of validity of the Agreement, there has arisen the need to introduce certain amendments to facilitate the achievement of the objectives of that instrument,

Agree:

To conclude the following Protocol amending the Cultural Cooperation Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Costa Rica signed on 29 August 1979.

Article I

Article 1 of the Agreement shall be amended to read as follows:

“(1) Each Contracting Party shall seek to improve its knowledge of the culture of the other country and help each other to achieve this goal.

(2) The Contracting Parties shall decide jointly on the implementation of programmes and projects in the areas stipulated in this Agreement, through complementary or derivative agreements.”

Article II

Article 2 of the Agreement shall be amended to read as follows:

“(1) To that end, each Contracting Party shall seek to admit cultural institutions of the other Contracting Party, in accordance with its laws and subject to the conditions to be agreed upon between them, and to facilitate and foster as much as possible the activities of such institutions.

(2) “Cultural institutions” within the meaning of paragraph 1 shall mean, in particular, schools, cultural institutes, libraries and similar scientific and cultural facilities.”

Article III

A new article 3 (three) shall be inserted in the original Agreement, and shall read as follows:

“With regard to the various cultural cooperation projects, the Parties shall:

1. Grant to the German experts, instructors and specialists and their families and other persons residing with them, at all times and without charge, permission to enter and leave the country, official or courtesy visas and the requisite work and residence permits for carrying out the projects;

2. Exempt the German experts, instructors and specialists from the payment of taxes and other charges on remuneration received from the German side;

3. Exempt from all import and export duties and other charges, including harbour dues, the materials allocated by the Federal Republic of Germany to the various projects;

4. Exempt the delegated German experts, instructors and specialists from all import and export duties and other fiscal charges on furniture and personal effects brought in by them, which may be sold free of taxes and other fiscal charges at the end of their mission, in accordance with the legislation in force in each Party, and shall recognize the immunities and privileges to which their families are entitled. Personal effects shall also be considered to include, for each family, one motor vehicle, one refrigerator, one household freezer, one radio, record player and tape recorder system, one television, small electrical appliances and, for each person, one air-conditioning unit and one camera for still photographs or motion-picture film. The motor vehicle may in no case exceed 2,200 cubic centimetres or, in the case of a four-wheel-drive vehicle such as the Jeep Diesel, 80 horsepower;

5. Allow the delegated German experts, instructors and specialists and the members of their families to import, free of duty, medicaments, food, beverages and other everyday articles for personal use;

6. Issue to the delegated German experts, instructors and specialists an identity document stating that the competent authorities shall assist them in every way necessary so that they can carry out the task with which they have been entrusted.”

Article IV

Articles 3, 4, 5, 6, 7, 8 and 9 of the original Agreement shall be renumbered as articles 4, 5, 6, 7, 8, 9 and 10, respectively.

Article V

This Agreement shall also apply to *Land Berlin*, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a declaration to the contrary to the Government of the Republic of Costa Rica within the three months following the date of entry into force of this Agreement.

Article VI

This Protocol shall enter into force on the date on which the Parties notify each other, through the diplomatic channel, that their respective constitutional requirements have been fulfilled.

IN WITNESS WHEREOF the representatives of the two Governments have signed this Agreement at San José on 23 July 1986, in two originals in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

HARALD NESTROY
Ambassador

For the Government
of the Republic of Costa Rica:

RODRIGO MADRIGAL NIETO
Minister for Foreign Affairs and Worship

[TRADUCTION — TRANSLATION]

PROTOCOLE MODIFIANT L'ACCORD DE COOPÉRATION CULTURELLE ENTRE
LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU COSTA RICA, SIGNÉ LE
29 AOÛT 1979

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République du Costa Rica,

Considérant que les deux Gouvernements ont signé le 29 août 1979 l'Accord de coopération culturelle,

Que, pendant la période de validité de cet Accord, il est apparu nécessaire d'apporter quelques modifications à l'Accord afin de faciliter la réalisation de ses objectifs,

Conviennent du Protocole suivant modifiant l'Accord de coopération culturelle entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République du Costa Rica, signé le 29 août 1979 :

Article premier

L'article premier de l'Accord est modifié comme suit :

« 1) Les deux Parties contractantes s'efforceront d'améliorer la connaissance réciproque de la culture de leurs pays et de se prêter mutuellement assistance pour atteindre cet objectif.

2) Les Parties contractantes conviennent de mettre en œuvre des programmes et projets dans les domaines visés dans le présent Accord au moyen d'accords supplémentaires ou d'accords dérivés. »

Article II

L'article 2 de l'Accord est modifié comme suit :

« 1) A cette fin, chacune des Parties contractantes s'efforcera, dans le cadre des dispositions législatives respectivement en vigueur et dans des conditions à convenir par toutes deux, d'admettre les institutions culturelles de l'autre Partie contractante ainsi que de faciliter et de favoriser leur activité dans la mesure du possible.

2) Les institutions culturelles au sens du paragraphe 1 sont notamment les écoles, instituts culturels, bibliothèques et institutions scientifiques et culturelles semblables. »

Article III

Un nouvel article 3, libellé comme suit, est inclus dans l'Accord :

« Aux fins des différents projets de coopération culturelle, les Parties contractantes sont tenues

1. De délivrer à tout moment et en franchise de droits aux spécialistes, formateurs et experts allemands, à leur famille et aux autres personnes appartenant à leur famille, l'autorisation d'entrée et de sortie, les visas officiels ou de courtoisie, ainsi que les permis de travail et de séjour nécessaires à la mise en œuvre des projets;

2. D'exempter les spécialistes, formateurs et experts allemands des impôts et autres droits sur les rémunérations qu'ils perçoivent de la partie allemande;

3. D'exempter de tous les droits d'importation et d'exportation et des autres droits, y compris les taxes portuaires, les objets destinés par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne aux différents projets;

4. D'exempter les spécialistes, formateurs et experts allemands envoyés de tous les droits d'importation et d'exportation et des autres droits sur le mobilier et les effets

personnels qu'ils apportent avec eux, lesquels pourront être revendus en franchise d'impôts et de droits à l'issue de leur mission, conformément à la législation en vigueur pour chacune des Parties contractantes, ainsi que de reconnaître les immunités et privilèges dont jouissent leur famille; sont considérés comme effets personnels pour chaque famille un véhicule automobile, un réfrigérateur, un congélateur, un poste de radio, un tourne-disque avec bande magnétique, un téléviseur, de petits appareils électriques ainsi que, par personne, un climatiseur et un équipement photographique et cinématographique. La cylindrée du véhicule automobile ne pourra en aucun cas excéder 2 200 centimètres cubes et, s'il s'agit d'un véhicule diesel tout terrain du type Jeep, 80 CV;

5. D'autoriser les spécialistes, formateurs et experts allemands envoyés et les membres de leur famille à importer en franchise de droits des médicaments, des vivres, des boissons et d'autres articles de consommation courante, dans la limite de leurs besoins personnels;

6. De délivrer aux spécialistes, formateurs et experts allemands envoyés un document d'identité indiquant que les autorités compétentes leur prêteront toute l'assistance dont ils auront besoin pour mener à bien la mission qui leur est confiée. »

Article IV

La numérotation des articles 3, 4, 5, 6, 7, 8 et 9 de l'Accord est remplacée par la numérotation 4, 5, 6, 7, 8, 9 et 10.

Article V

Le présent Protocole s'applique aussi au *Land Berlin*, sauf notification contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République du Costa Rica dans les trois mois suivant son entrée en vigueur.

Article VI

Le présent Protocole entrera en vigueur le jour où les Parties contractantes se seront notifiées par la voie diplomatique que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

EN FOI DE QUOI, les représentants des deux Parties contractantes ont signé le présent Protocole à San José le 23 juillet 1986 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

L'Ambassadeur,
HARALD NESTROY

Pour le Gouvernement
de la République du Costa Rica :

Le Ministre des affaires étrangères et des cultes,
RODRIGO MADRIGAL NIETO

No. 23981. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF MOROCCO CONCERNING FINANCIAL CO-OPERATION (LOANS FOR VARIOUS PROJECTS). SIGNED AT RABAT ON 24 JANUARY 1984¹

N° 23981. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DU MAROC DE COOPÉRATION FINANCIÈRE (PRÊTS POUR PROJETS DIVERS). SIGNÉ À RABAT LE 24 JANVIER 1984¹

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AMENDMENT² TO THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT. RABAT, 17 JANUARY AND 29 JULY 1986

Not published herein in accordance with article 12 (2) of the General Assembly regulations to give effect to Article 102 of the Charter of the United Nations, as amended.

Authentic texts: German and French.

Registered by Germany on 8 February 1996.

ECHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN AMENDEMENT² À L'ACCORD SUSMENTIONNÉ. RABAT, 17 JANVIER ET 29 JUILLET 1986

Non publié ici conformément au paragraphe 2 de l'article 12 du règlement de l'Assemblée générale destiné à mettre en application l'Article 102 de la Charte des Nations Unies, tel qu'amendé.

Textes authentiques : allemand et français.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1421, p. 33.

² Came into force on 29 July 1986, the date of the note in reply, in accordance with the provisions of the said notes.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1421, p. 33.

² Entré en vigueur le 29 juillet 1986, date de la note de réponse, conformément aux dispositions desdites notes.